

Antwort

der Bundesregierung

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Clara Bünger, Doris Achelwilm, Violetta Bock, weiterer Abgeordneter und der Fraktion Die Linke
– Drucksache 21/3188 –**

Jesidische Geflüchtete in Deutschland

Vorbemerkung der Fragesteller

Am 19. Januar 2023 erkannte der Deutsche Bundestag den Völkermord an den Jesidinnen und Jesiden im Irak und in Syrien einstimmig an (Plenarprotokoll 20/79, Seite 9428 ff). Vor dem Hintergrund einer „hoch volatilen Sicherheitslage“ für jesidische Geflüchtete und der Unmöglichkeit einer sicheren Rückkehr wurde die Bundesregierung aufgefordert, ihnen „weiterhin unter Berücksichtigung ihrer nach wie vor andauernden Verfolgung und Diskriminierung im Rahmen des Asylverfahrens Schutz zu gewähren“ (vgl. Bundestagsdrucksache 20/5228).

Die bereinigte Schutzquote des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF) bei jesidischen Geflüchteten aus dem Irak sank jedoch von fast 100 Prozent im Jahr 2015 auf nur noch 48,6 Prozent im Jahr 2022 (Antwort auf die Schriftliche Frage 44 auf Bundestagsdrucksache 20/5426). Zudem wurde von 2015 bis 2022 fast 1 500-mal der Schutzstatus von jesidischen Geflüchteten aus dem Irak widerrufen (www.nd-aktuell.de/artikel/1171744.asylpolitik-bamf-widerruft-schutzstatus-von-jesiden-aus-dem-irak.html). In der Folge werden auch jesidische Geflüchtete in den Irak abgeschoben. Die Zahl der Abschiebungen in den Irak stieg von 27 im Jahr 2020 auf 699 im Jahr 2024 an, darunter waren auch 37 Kinder und fünf über 70-jährige Personen (Antworten zu den Fragen 2 und 4 auf Bundestagsdrucksache 21/1416; die Religionszugehörigkeit wird bei Abschiebungen nicht erfasst).

Im Landtag von Nordrhein-Westfalen haben sich die Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN und FDP Ende September 2025 mit einem gemeinsamen Antrag (Landtagsdrucksache 18/15906) für eine menschenrechtsbasierte Bleiberechtsregelung für jesidische Geflüchtete ausgesprochen und die Landesregierung dazu aufgefordert, sich beim Bundesministerium des Innern (BMI) dafür einzusetzen, dass dieses sein Einvernehmen nach § 23 Absatz 1 des Aufenthaltsgesetzes (AufenthG) für eine entsprechende Regelung erteilt. Das BMI hatte im Januar 2024 erklärt, dass es seitens der Bundesländer noch nicht um sein Einvernehmen für eine Bleiberechtsregelung nach § 23 Absatz 1 AufenthG gebeten worden sei (Antwort auf die Schriftliche Frage 25 auf Bundestagsdrucksache 20/10127).

Zum elften Jahrestag des Genozids an den Jesidinnen und Jesiden am 3. August 2025 forderten Pro Asyl und Wadi e. V. angesichts der verschlechterten

Lage im Irak einen sofortigen bundesweiten Abschiebestopp und eine dauerhafte Bleiberechtsregelung für jesidische Geflüchtete in historischer und moralischer Verantwortung: „Es ist höchste Zeit, den Opfern des Genozids in Deutschland wirklichen Schutz und eine Zukunftsperspektive zu garantieren“ (www.proasyl.de/pressemitteilung/zum-jahrestag-des-voelkermords-an-den-esidinnen-erklaerung-von-pro-asyl-und-wadi-e-v/).

Die Fragestellenden weisen darauf hin, dass die ehemalige Leiterin der BAMF-Außenstelle in Bremen, Ulrike B., deren Handeln politisch und medial skandalisiert worden war (vgl. z. B. die Vorbemerkung der Fragesteller in der Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage auf Bundestagsdrucksache 19/32466), sich insbesondere für die Rechte jesidischer Geflüchteter aus dem Irak eingesetzt hatte, die trotz menschenrechtlicher Bedenken z. B. nach Bulgarien abgeschoben werden sollten (vgl. Antwort zu Frage 12 auf Bundestagsdrucksache 19/32466). In einem TV-Bericht hieß es: „Das Schicksal der Jesiden erschütterte damals die Welt. Tausende flohen vor dem Völkermord des IS aus dem Sindschar-Gebirge. Beim Bremer BAMF-Skandal geht es nach Angaben der Behörde fast ausschließlich um Anträge von Jesiden. Trotzdem steht der Verdacht im Raum, es seien zu viele Anträge positiv beschieden worden. Zwischen 2013 und 2017 bekamen in Bremen rund 98 Prozent aller Jesiden einen positiven Bescheid. Aber, bundesweit waren es kaum weniger, 94 Prozent. Ein Skandal?“ (www1.wdr.de/daserste/monitor/sendungen/bamf-skandal-112.html).

1. Wie viele Asylanträge von Personen jesidischer Religionszugehörigkeit aus dem Irak bzw. aus Syrien (bitte auch im Folgenden, differenziert darstellen) wurden von 2014 bis heute (Angaben für das Jahr 2025 bitte, soweit vorliegend, machen) registriert (bitte Gesamtzahlen nennen und zudem nach Jahren differenziert darstellen), und wie viele entsprechende Asylverfahren sind derzeit noch anhängig?

Alle Angaben zu Asylanträgen nach Volkszugehörigkeiten in dieser und in den nachfolgenden Fragen beruhen auf freiwilligen Eigenangaben der Antragstellenden im Rahmen des Asylverfahrens.

Die Angaben zu Frage 1 können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden.

Asylanträge irakischer Jesidinnen und Jesiden			
Zeitraum	Anträge insgesamt	davon Erstanträge	davon Folgeanträge
2014	6 642	3 258	3 384
2015	15 256	14 261	995
2016	37 655	37 275	380
2017	11 200	10 955	245
2018	8 004	7 769	235
2019	5 812	5 546	266
2020	3 445	3 238	207
2021	4 309	4 148	161
2022	3 761	3 614	147
2023	3 692	3 507	185
2024	4 434	4 194	240
01.01.–30.11.2025	1 878	1 670	208

Zum Stichtag 30. November 2025 waren 1 124 Asylverfahren irakischer Jesidinnen und Jesiden noch anhängig.

Asylanträge syrischer Jesidinnen und Jesiden			
Zeitraum	Anträge insgesamt	davon Erstanträge	davon Folgeanträge
2014	2 643	2 052	591
2015	4 838	3 495	1 343
2016	4 390	4 107	283
2017	1 413	1 290	123
2018	749	669	80
2019	634	573	61
2020	661	601	60
2021	640	520	120
2022	420	366	54
2023	403	366	37
2024	339	320	19
01.01.–30.11.2025	229	214	15

Zum Stichtag 30. November 2025 waren 374 Asylverfahren syrischer Jesidinnen und Jesiden noch anhängig.

- Bei wie vielen der jesidischen Asylsuchenden handelte es sich um Minderjährige, um minderjährige Mädchen, um volljährige Frauen bzw. um Personen, die zum Zeitpunkt der Asylregistrierung über 59 Jahre alt waren (bitte nach Irak bzw. Syrien sowie nach Jahren, von 2014 bis heute, soweit vorliegend, differenzieren und in absoluten und relativen Zahlen angeben; bitte auch die jeweiligen Gesamtzahlen für die Jahre 2014 bis heute nennen)?

Die Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden, dabei ist zu beachten, dass die Bezugsgröße für den relativen Anteil die jeweilige Gruppe ist: Minderjährige Irak/Syrien Gesamt, Minderjährige Mädchen Irak/Syrien Gesamt, Volljährige Frauen Irak/Syrien Gesamt, Personen über 59 Jahre Irak/Syrien Gesamt.

Asylanträge irakischer Jesidinnen und Jesiden								
Zeitraum	Minderjährige		Minderjährige Mädchen		volljährige Frauen		Personen über 59 Jahre	
	absolut	Anteil	absolut	Anteil	absolut	Anteil	absolut	Anteil
2014	2 414	74,6 Prozent	1 085	74,0 Prozent	1 700	74,5 Prozent	92	47,4 Prozent
2015	5 000	52,5 Prozent	1 906	50,1 Prozent	3 024	55,4 Prozent	131	39,2 Prozent
2016	17 254	45,0 Prozent	7 935	46,5 Prozent	9 416	46,5 Prozent	668	52,6 Prozent
2017	6 509	54,8 Prozent	3 170	56,1 Prozent	2 718	53,3 Prozent	214	47,3 Prozent
2018	4 779	50,3 Prozent	2 354	51,5 Prozent	1 867	51,4 Prozent	151	53,5 Prozent
2019	3 729	45,4 Prozent	1 751	45,9 Prozent	1 130	41,3 Prozent	78	45,3 Prozent
2020	2 436	39,4 Prozent	1 230	41,1 Prozent	509	29,5 Prozent	38	38,8 Prozent
2021	2 612	35,2 Prozent	1 254	35,9 Prozent	801	28,1 Prozent	53	41,7 Prozent
2022	2 164	29,1 Prozent	1 094	31,2 Prozent	760	27,4 Prozent	59	38,1 Prozent

Asylanträge irakischer Jesidinnen und Jesiden								
Zeitraum	Minderjährige		Minderjährige Mädchen		volljährige Frauen		Personen über 59 Jahre	
	absolut	Anteil	absolut	Anteil	absolut	Anteil	absolut	Anteil
2023	1 920	36,8 Prozent	927	38,0 Prozent	707	34,1 Prozent	57	39,9 Prozent
2024	2 057	51,1 Prozent	964	52,4 Prozent	1 009	55,8 Prozent	62	54,4 Prozent
01.01.–30.11.2025	1 197	46,7 Prozent	584	48,4 Prozent	324	40,0 Prozent	43	50,0 Prozent

Asylanträge syrischer Jesidinnen und Jesiden								
Zeitraum	Minderjährige		Minderjährige Mädchen		volljährige Frauen		Personen über 59 Jahre	
	absolut	Anteil	absolut	Anteil	absolut	Anteil	absolut	Anteil
2014	1 074	9,4 Prozent	481	9,5 Prozent	726	10,3 Prozent	142	15,5 Prozent
2015	1 907	4,4 Prozent	863	4,9 Prozent	1 282	5,0 Prozent	190	8,8 Prozent
2016	1 907	1,9 Prozent	906	2,1 Prozent	1 153	2,1 Prozent	131	3,9 Prozent
2017	764	2,4 Prozent	365	2,5 Prozent	315	3,2 Prozent	42	6,3 Prozent
2018	458	1,5 Prozent	222	1,5 Prozent	151	1,7 Prozent	16	3,4 Prozent
2019	409	1,5 Prozent	214	1,6 Prozent	109	1,5 Prozent	12	2,5 Prozent
2020	395	1,6 Prozent	183	1,6 Prozent	126	2,1 Prozent	14	3,5 Prozent
2021	336	1,0 Prozent	169	1,1 Prozent	107	1,1 Prozent	2	0,4 Prozent
2022	238	0,9 Prozent	104	0,9 Prozent	79	1,0 Prozent	14	2,6 Prozent
2023	205	0,7 Prozent	94	0,8 Prozent	67	0,6 Prozent	13	1,3 Prozent
2024	153	0,5 Prozent	69	0,6 Prozent	69	0,6 Prozent	11	1,0 Prozent
01.01.–30.11.2025	124	1,0 Prozent	60	1,2 Prozent	39	0,9 Prozent	8	2,2 Prozent

3. Welchen Anteil machten Asylsuchende jesidischer Religionszugehörigkeit an den Asylsuchenden aus den Ländern Irak und Syrien jeweils aus (bitte nach Jahren, von 2014 bis heute, soweit vorliegend, differenzieren und zudem Gesamtzahlen für den Zeitraum seit 2014 nennen)?

Die Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden.

Asylanträge irakischer Jesidinnen und Jesiden		
Zeitraum	absolut	Anteil
2014	6 642	69,9 Prozent
2015	15 256	48,6 Prozent
2016	37 655	38,8 Prozent
2017	11 200	47,4 Prozent
2018	8 004	44,3 Prozent
2019	5 812	37,9 Prozent

Asylanträge irakischer Jesidinnen und Jesiden		
Zeitraum	absolut	Anteil
2020	3 445	31,1 Prozent
2021	4 309	25,5 Prozent
2022	3 761	23,0 Prozent
2023	3 692	29,9 Prozent
2024	4 434	49,0 Prozent
01.01.–30.11.2025	1 878	40,6 Prozent

Asylanträge syrischer Jesidinnen und Jesiden		
Zeitraum	absolut	Anteil
2014	2 643	6,4 Prozent
2015	4 838	3,0 Prozent
2016	4 390	1,6 Prozent
2017	1 413	2,8 Prozent
2018	749	1,6 Prozent
2019	634	1,5 Prozent
2020	661	1,6 Prozent
2021	640	0,9 Prozent
2022	420	0,6 Prozent
2023	403	0,4 Prozent
2024	339	0,4 Prozent
01.01.–30.11.2025	229	1,0 Prozent

4. Wie viele jesidische Personen aus dem Irak bzw. aus Syrien wurden seit 2014 infolge besonderer Aufnahmeregelungen (etwa nach §§ 22 und 23 des Aufenthaltsgesetzes) aufgenommen (bitte nach Jahren und Bundesländern auflisten)?

Bei Aufnahmen nach § 22 Satz 2 Aufenthaltsgesetz (AufenthG) wird die Religionszugehörigkeit im Rahmen des Aufnahmeverfahrens statistisch nicht erfasst. Entsprechend liegen hierzu keine Daten vor.

Im Folgenden werden daher ausschließlich die Aufnahmen des Bundes nach § 23 Absatz 2 und § 23 Absatz 4 AufenthG berücksichtigt. Die Angaben zur Religionszugehörigkeit erfolgen in diesen Verfahren – wie im Asylverfahren – auf freiwilliger Basis und stellen kein Aufnahmekriterium im Sinne der Aufnahmeanordnungen des Bundesministeriums des Innern gemäß § 23 Absatz 2 und § 23 Absatz 4 AufenthG dar. Die nachfolgenden Daten beruhen auf diesen freiwilligen Angaben und können somit kein vollständiges Gesamtbild gewährleisten.

Seit 2014 wurden, mit Stand 11. Dezember 2025, im Rahmen der genannten Aufnahmeverfahren 577 Personen syrischer bzw. irakischer Staatsangehörigkeit aufgenommen, die eine jesidische Religionszugehörigkeit angegeben haben.

Die Aufstellung nach Jahren und Ländern kann der nachfolgenden Tabelle entnommen werden:

Jahr	Land	Anzahl
2014	Bayern	27
	Bremen	7
	Mecklenburg-Vorpommern	2
	Niedersachsen	78
	Nordrhein-Westfalen	18
	Rheinland-Pfalz	10
	Saarland	14
	Sachsen	2
	Sachsen-Anhalt	8
	Schleswig-Holstein	1
2014		167
2015	Baden-Württemberg	3
	Bayern	6
	Brandenburg	3
	Hessen	8
	Mecklenburg-Vorpommern	8
	Niedersachsen	117
	Nordrhein-Westfalen	51
	Rheinland-Pfalz	9
	Sachsen-Anhalt	9
	Schleswig-Holstein	15
2015		229
2016	Rheinland-Pfalz	4
	Sachsen	4
2016		8
2017	Baden-Württemberg	8
2017		8
2018	Baden-Württemberg	4
	Rheinland-Pfalz	7
	Sachsen	5
2018		16
2019	Baden-Württemberg	1
	Bayern	7
	Niedersachsen	4
	Nordrhein-Westfalen	6
	Saarland	4
2019		22
2020	Sachsen-Anhalt	6
2020		6
2021	Bayern	4
	Niedersachsen	6
	Nordrhein-Westfalen	15
	Rheinland-Pfalz	5
2021		30
2022	Baden-Württemberg	5
	Bayern	8
	Niedersachsen	5
	Nordrhein-Westfalen	25
	Rheinland-Pfalz	9
2022		52

Jahr	Land	Anzahl
2023	Baden-Württemberg	5
	Niedersachsen	10
	Nordrhein-Westfalen	9
	Rheinland-Pfalz	4
2023		28
2024	Niedersachsen	5
	Nordrhein-Westfalen	6
2024		11
Gesamt		577

Stand: 11.12.2025

5. Wie waren die Entscheidungen des BAMF zu Asylanträgen jesidischer Asylsuchender aus dem Irak bzw. aus Syrien (bitte differenzieren) seit 2014 (bitte jeweils nach Jahren und den unterschiedlichen Schutzstatus, Ablehnungen, Ablehnungen als offensichtlich unbegründet, Dublin-Bescheide und sonstige formelle Erledigungen auflisten und in absoluten und relativen Zahlen angeben sowie die jeweilige bereinigte Gesamtschutzquote nennen)?

Die Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden.

Es wird darauf hingewiesen, dass durch Heranziehen der erfragten Gesamtschutzquote ohne Berücksichtigung formeller Entscheidungen etwaige Bleibeperspektiven von Staatsangehörigen der genannten Staaten bzw. Religionszugehörigkeiten nicht hergeleitet oder begründet werden können, da die formellen Ablehnungen von Asylanträgen bei einer derartigen Quotenberechnung nicht berücksichtigt werden. Formelle Ablehnungen führen ebenso wie materiell entschiedene Asylablehnungen im Regelfall zu einer Ausreisepflicht. Maßgeblich für die Feststellung einer etwaigen Bleibeperspektive ist daher die umfassende Gesamtschutzquote, die alle ablehnenden Asylentscheidungen berücksichtigt.

Entscheidungen über Asylanträge irakischer Jesidinnen und Jesiden (absolut)									
Zeitraum	Entscheidungen gesamt	Asylberechtigung Art 16a GG	Flüchtlings- schutz § 3 I AsylG	Subsidiärer Schutz § 4 I AsylG	Abschiebungs- verbot § 60 V/VII AufenthG	Ablehnungen (unbegr. ab- gel.)	Ablehnungen (offens. unbegr. abgel.)	Entscheidun- gen im Dublin- Verfahren	Sonstige Ver- fahrenserledi- gungen
2014	3 053	41	2 403	59	32	254	25	189	50
2015	13 533	107	12 543	5	9	–	3	811	55
2016	32 103	168	29 002	189	38	1 727	23	584	372
2017	23 877	211	17 601	2 625	245	1 831	24	837	503
2018	8 555	19	3 432	352	886	2 769	29	504	564
2019	7 310	29	3 372	131	594	2 109	66	326	683
2020	4 876	7	2 362	94	483	1 497	55	112	266
2021	3 657	2	1 665	76	359	1 122	75	149	209
2022	5 396	7	1 636	96	547	2 228	192	423	267
2023	3 397	5	1 274	46	255	1 248	136	104	329
2024	3 100	3	985	53	182	1 080	160	67	570
01.01.– 30.11.2025	4 865	6	817	48	256	1 665	280	34	1 759

Entscheidungen über Asylanträge irakischer Jesidinnen und Jesiden (relativ)								
Zeitraum	Asylberechtigung Art 16a GG	Flüchtlings-schutz § 3 I AsylG	Subsidiärer Schutz § 4 I AsylG	Abschiebungs-verbot § 60 V/VII AufenthG	Ablehnungen (unbegr. ab-gel.)	Ablehnungen (offens. unbegr. abgel)	Entscheidun-gen im Dublin-Verfahren	Sonstige Ver-fahrenserledi-gungen
2014	1,3 Prozent	78,7 Prozent	1,9 Prozent	1,0 Prozent	8,3 Prozent	0,8 Prozent	6,2 Prozent	1,6 Prozent
2015	0,8 Prozent	92,7 Prozent	0,0 Prozent	0,1 Prozent	0,0 Prozent	0,0 Prozent	6,0 Prozent	0,4 Prozent
2016	0,5 Prozent	90,3 Prozent	0,6 Prozent	0,1 Prozent	5,4 Prozent	0,1 Prozent	1,8 Prozent	1,2 Prozent
2017	0,9 Prozent	73,7 Prozent	11,0 Prozent	1,0 Prozent	7,7 Prozent	0,1 Prozent	3,5 Prozent	2,1 Prozent
2018	0,2 Prozent	40,1 Prozent	4,1 Prozent	10,4 Prozent	32,4 Prozent	0,3 Prozent	5,9 Prozent	6,6 Prozent
2019	0,4 Prozent	46,1 Prozent	1,8 Prozent	8,1 Prozent	28,9 Prozent	0,9 Prozent	4,5 Prozent	9,3 Prozent
2020	0,1 Prozent	48,4 Prozent	1,9 Prozent	9,9 Prozent	30,7 Prozent	1,1 Prozent	2,3 Prozent	5,5 Prozent
2021	0,1 Prozent	45,5 Prozent	2,1 Prozent	9,8 Prozent	30,7 Prozent	2,1 Prozent	4,1 Prozent	5,7 Prozent
2022	0,1 Prozent	30,3 Prozent	1,8 Prozent	10,1 Prozent	41,3 Prozent	3,6 Prozent	7,8 Prozent	4,9 Prozent
2023	0,1 Prozent	37,5 Prozent	1,4 Prozent	7,5 Prozent	36,7 Prozent	4,0 Prozent	3,1 Prozent	9,7 Prozent
2024	0,1 Prozent	31,8 Prozent	1,7 Prozent	5,9 Prozent	34,8 Prozent	5,2 Prozent	2,2 Prozent	18,4 Prozent
01.01.– 30.11.2025	0,1 Prozent	16,8 Prozent	1,0 Prozent	5,3 Prozent	34,2 Prozent	5,8 Prozent	0,7 Prozent	36,2 Prozent

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.

Gesamtzuschussquote ohne Berücksichtigung formeller Entscheidungen irakischer Jesidinnen und Jesiden	
2014	90,1 Prozent
2015	100,0 Prozent
2016	94,4 Prozent
2017	91,8 Prozent
2018	62,6 Prozent
2019	65,5 Prozent
2020	65,5 Prozent
2021	63,7 Prozent
2022	48,6 Prozent
2023	53,3 Prozent
2024	49,7 Prozent
01.01.–30.11.2025	36,7 Prozent

Entscheidungen über Asylanträge syrischer Jesidinnen und Jesiden (absolut)									
Zeitraum	Entscheidungen gesamt	Asylberechtigung Art 16a GG	Flüchtlingsschutz § 3 I AsylG	Subsidiärer Schutz § 4 I AsylG	Abschiebungsverbot § 60 V/VII AufenthG	Ablehnungen (unbegr. ab- gel.)	Ablehnungen (offens. unbegr. abgel.)	Entscheidungen im Dublin- Verfahren	Sonstige Ver- fahrenserledigungen
2014	2 548	93	1 607	527	2	5	–	45	269
2015	4 186	68	3 688	9	34	–	6	15	366
2016	5 180	44	3 072	1 652	60	5	7	32	308
2017	2 469	8	730	1 234	32	17	3	35	410
2018	884	6	219	328	11	1	5	11	303
2019	703	4	242	167	23	1	–	11	255
2020	613	–	246	227	8	1	2	9	120
2021	596	–	168	252	2	1	–	6	167
2022	845	3	132	618	3	1	–	19	69
2023	444	1	117	286	7	1	–	2	30
2024	341	–	64	220	1	1	–	14	41
01.01.– 30.11.2025	79	–	1	1	–	1	–	10	66

Entscheidungen über Asylanträge syrischer Jesidinnen und Jesiden (relativ)								
Zeitraum	Asylberechtigung Art 16a GG	Flüchtlingschutz § 3 I AsylG	Subsidiärer Schutz § 4 I AsylG	Abschiebungsverbot § 60 V/VII AufenthG	Ablehnungen (unbegr. abgele.)	Ablehnungen (offens. unbegr. abgele.)	Entscheidungen im Dublin-Verfahren	Sonstige Verfahrenserledigungen
2014	3,6 Prozent	63,1 Prozent	20,7 Prozent	0,1 Prozent	0,2 Prozent	0,0 Prozent	1,8 Prozent	10,6 Prozent
2015	1,6 Prozent	88,1 Prozent	0,2 Prozent	0,8 Prozent	0,0 Prozent	0,1 Prozent	0,4 Prozent	8,7 Prozent
2016	0,8 Prozent	59,3 Prozent	31,9 Prozent	1,2 Prozent	0,1 Prozent	0,1 Prozent	0,6 Prozent	5,9 Prozent
2017	0,3 Prozent	29,6 Prozent	50,0 Prozent	1,3 Prozent	0,7 Prozent	0,1 Prozent	1,4 Prozent	16,6 Prozent
2018	0,7 Prozent	24,8 Prozent	37,1 Prozent	1,2 Prozent	0,1 Prozent	0,6 Prozent	1,2 Prozent	34,3 Prozent
2019	0,6 Prozent	34,4 Prozent	23,8 Prozent	3,3 Prozent	0,1 Prozent	0,0 Prozent	1,6 Prozent	36,3 Prozent
2020	0,0 Prozent	40,1 Prozent	37,0 Prozent	1,3 Prozent	0,2 Prozent	0,3 Prozent	1,5 Prozent	19,6 Prozent
2021	0,0 Prozent	28,2 Prozent	42,3 Prozent	0,3 Prozent	0,2 Prozent	0,0 Prozent	1,0 Prozent	28,0 Prozent
2022	0,4 Prozent	15,6 Prozent	73,1 Prozent	0,4 Prozent	0,1 Prozent	0,0 Prozent	2,2 Prozent	8,2 Prozent
2023	0,2 Prozent	26,4 Prozent	64,4 Prozent	1,6 Prozent	0,2 Prozent	0,0 Prozent	0,5 Prozent	6,8 Prozent
2024	0,0 Prozent	18,8 Prozent	64,5 Prozent	0,3 Prozent	0,3 Prozent	0,0 Prozent	4,1 Prozent	12,0 Prozent
01.01.–30.11.2025	0,0 Prozent	1,3 Prozent	1,3 Prozent	0,0 Prozent	1,3 Prozent	0,0 Prozent	12,7 Prozent	83,5 Prozent

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.

Gesamtschutzquote ohne Berücksichtigung formeller Entscheidungen syrischer Jesidinnen und Jesiden	
2014	99,8 Prozent
2015	99,8 Prozent
2016	99,8 Prozent
2017	99,0 Prozent
2018	98,9 Prozent
2019	99,8 Prozent
2020	99,4 Prozent
2021	99,8 Prozent
2022	99,9 Prozent
2023	99,8 Prozent
2024	99,7 Prozent
01.01.–30.11.2025	66,7 Prozent

6. Gegen wie viele ablehnende Bescheide des BAMF haben jesidische Geflüchtete aus dem Irak bzw. aus Syrien (bitte differenzieren) seit 2014 Rechtsmittel eingelegt (bitte jeweils nach Jahren differenziert auflisten und in absoluten und relativen Zahlen angeben)?

Die Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden.

Klagen irakischer Jesidinnen und Jesiden gegen ablehnende Bescheide des BAMF			
Zeitraum	Ablehnende Entscheidungen	davon beklagt	Quote
2014	518	350	67,6 Prozent
2015	869	676	77,8 Prozent
2016	2 706	2 314	85,5 Prozent
2017	3 195	2 754	86,2 Prozent
2018	3 866	3 388	87,6 Prozent
2019	3 184	2 842	89,3 Prozent
2020	1 930	1 683	87,2 Prozent
2021	1 555	1 348	86,7 Prozent
2022	3 110	2 815	90,5 Prozent
2023	1 817	1 602	88,2 Prozent
2024	1 877	1 608	85,6 Prozent
01.01.2025–30.09.2025	2 568	2 186	85,1 Prozent

Klagen syrischer Jesidinnen und Jesiden gegen ablehnende Bescheide des BAMF			
Zeitraum	Ablehnende Entscheidungen	davon beklagt	Quote
2014	319	200	62,7 Prozent
2015	387	319	82,4 Prozent
2016	352	245	69,6 Prozent
2017	465	386	83,0 Prozent
2018	320	287	89,7 Prozent
2019	267	248	92,9 Prozent
2020	132	116	87,9 Prozent
2021	174	95	54,6 Prozent
2022	89	73	82,0 Prozent
2023	33	23	69,7 Prozent

Klagen syrischer Jesidinnen und Jesiden gegen ablehnende Bescheide des BAMF			
Zeitraum	Ablehnende Entscheidungen	davon beklagt	Quote
2024	56	38	67,9 Prozent
01.01.2025–30.09.2025	62	45	72,6 Prozent

7. Wie haben die Verwaltungsgerichte über Eilanträge gegen Dublin-Bescheide des BAMF, wie haben sie über Asylklagen von jesidischen Geflüchteten aus dem Irak bzw. Syrien (bitte jeweils differenzieren) seit 2014 entschieden (bitte jeweils nach Jahren differenziert auflisten und in absoluten und relativen Zahlen angeben)?

Für die Jahre 2014 bis 2017 liegen der Bundesregierung keine Erkenntnisse im Sinne der Fragestellung vor. Die Religionszugehörigkeit bei Überstellungen im Rahmen des sog. Dublin-Verfahrens wird erst ab dem Jahr 2018 statistisch auswertbar erfasst. Die Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden:

Entscheidungen der Verwaltungsgerichte über Eilanträge irakischer Jesidinnen und Jesiden gegen sog. „Dublin-Bescheide“ des BAMF					
Zeitraum	abgelehnt		stattgegeben		Gesamtentscheidungen
	absolut	Anteil	absolut	Anteil	absolut
2018	307	61,8 Prozent	190	38,2 Prozent	497
2019	218	65,7 Prozent	114	34,3 Prozent	332
2020	129	72,1 Prozent	50	27,9 Prozent	179
2021	62	57,4 Prozent	46	42,6 Prozent	108
2022	108	50,5 Prozent	106	49,5 Prozent	214
2023	44	37,6 Prozent	73	62,4 Prozent	117
2024	26	68,4 Prozent	12	31,6 Prozent	38
01.01.–30.09.2025	20	66,7 Prozent	10	33,3 Prozent	30

Entscheidungen der Verwaltungsgerichte über Eilanträge syrischer Jesidinnen und Jesiden gegen sog. „Dublin-Bescheide“ des BAMF					
Zeitraum	abgelehnt		stattgegeben		Gesamtentscheidungen
	absolut	Anteil	absolut	Anteil	absolut
2018	16	72,7 Prozent	6	27,3 Prozent	22
2019	4	80,0 Prozent	1	20,0 Prozent	5
2020	5	83,3 Prozent	1	16,7 Prozent	6
2021	5	71,4 Prozent	2	28,6 Prozent	7
2022	7	100 Prozent	0	–	7
2023	1	50,0 Prozent	1	50,0 Prozent	2
2024	6	100 Prozent	0	–	6
01.01.–30.09.2025	1	33,3 Prozent	2	66,7 Prozent	3

Entscheidungen der Verwaltungsgerichte über Klagen irakischer Jesidinnen und Jesiden gegen BAMF-Entscheidungen (absolut)									
Zeitraum	Entscheidungen gesamt	Asylberechtigung Art 16a GG	Flüchtlings- schutz § 3 I AsylG	Subsidiärer Schutz § 4 I AsylG	Abschiebungs- verbot § 60 V/VII AufenthG	Ablehnungen (unbegr. ab- gel.)	Ablehnungen (offens. unbegr. abgel.)	Entsch. im Dublin-Ver- fahren	Sonstige Ver- fahrenserle- digungen
2014	1 082	1	94	15	46	302	2	27	595
2015	452	–	7	–	1	3	–	72	369
2016	650	–	8	–	–	34	1	77	530
2017	1 539	–	248	11	96	506	3	41	634
2018	2 739	–	248	94	170	1 142	10	70	1 005
2019	2 825	–	207	120	269	1 115	1	77	1 036
2020	3 099	2	139	23	518	1 195	8	31	1 183
2021	2 986	5	130	43	558	1 238	13	36	963
2022	2 229	–	84	4	386	909	19	30	797
2023	2 174	1	86	4	219	774	19	32	1 039
2024	1 937	–	80	9	234	755	38	43	778
01.01.– 30.09.2025	1 914	–	71	–	248	785	44	25	741

Entscheidungen der Verwaltungsgerichte über Klagen irakischer Jesidinnen und Jesiden gegen BAMF-Entscheidungen (relativ)								
Zeitraum	Asylberechtigung Art 16a GG	Flüchtlings-schutz § 3 I AsylG	Subsidiärer Schutz § 4 I AsylG	Abschiebungs-verbot § 60 V/VII AufenthG	Ablehnungen (unbegr. ab-gel.)	Ablehnungen (offens. unbegr. abgel.)	Entscheidun-gen im Dublin-Verfahren	Sonstige Ver-fahrenserledi-gungen
2014	0,1 Prozent	8,7 Prozent	1,4 Prozent	4,3 Prozent	27,9 Prozent	0,2 Prozent	2,5 Prozent	55,0 Prozent
2015	0,0 Prozent	1,5 Prozent	0,0 Prozent	0,2 Prozent	0,7 Prozent	0,0 Prozent	15,9 Prozent	81,6 Prozent
2016	0,0 Prozent	1,2 Prozent	0,0 Prozent	0,0 Prozent	5,2 Prozent	0,2 Prozent	11,8 Prozent	81,5 Prozent
2017	0,0 Prozent	16,1 Prozent	0,7 Prozent	6,2 Prozent	32,9 Prozent	0,2 Prozent	2,7 Prozent	41,2 Prozent
2018	0,0 Prozent	9,1 Prozent	3,4 Prozent	6,2 Prozent	41,7 Prozent	0,4 Prozent	2,6 Prozent	36,7 Prozent
2019	0,0 Prozent	7,3 Prozent	4,2 Prozent	9,5 Prozent	39,5 Prozent	0,0 Prozent	2,7 Prozent	36,7 Prozent
2020	0,1 Prozent	4,5 Prozent	0,7 Prozent	16,7 Prozent	38,6 Prozent	0,3 Prozent	1,0 Prozent	38,2 Prozent
2021	0,2 Prozent	4,4 Prozent	1,4 Prozent	18,7 Prozent	41,5 Prozent	0,4 Prozent	1,2 Prozent	32,3 Prozent
2022	0,0 Prozent	3,8 Prozent	0,2 Prozent	17,3 Prozent	40,8 Prozent	0,9 Prozent	1,3 Prozent	35,8 Prozent
2023	0,0 Prozent	4,0 Prozent	0,2 Prozent	10,1 Prozent	35,6 Prozent	0,9 Prozent	1,5 Prozent	47,8 Prozent
2024	0,0 Prozent	4,1 Prozent	0,5 Prozent	12,1 Prozent	39,0 Prozent	2,0 Prozent	2,2 Prozent	40,2 Prozent
01.01.– 30.09.2025	0,0 Prozent	3,7 Prozent	0,0 Prozent	13,0 Prozent	41,0 Prozent	2,3 Prozent	1,3 Prozent	38,7 Prozent

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.

Entscheidungen der Verwaltungsgerichte über Klagen syrischer Jesidinnen und Jesiden gegen BAMF-Entscheidungen (absolut)									
Zeitraum	Entscheidungen gesamt	Asylberechtigung Art 16a GG	Flüchtlings- schutz § 3 I AsylG	Subsidiärer Schutz § 4 I AsylG	Abschiebungs- verbot § 60 V/VII AufenthG	Ablehnungen (unbegr. ab- gel.)	Ablehnungen (offens. unbegr. abgel.)	Entscheidun- gen im Dublin- lin.-Verfahren	Sonstige Ver- fahrenserle- digungen
2014	627	4	195	–	–	37	–	16	375
2015	319	–	17	–	6	8	–	7	281
2016	190	–	44	–	27	4	–	1	114
2017	773	–	218	–	82	185	–	5	283
2018	694	–	79	6	133	251	5	1	219
2019	449	–	29	–	90	136	–	2	192
2020	471	–	5	–	46	119	–	1	300
2021	240	–	4	4	11	52	–	–	169
2022	236	–	8	–	7	52	–	4	165
2023	203	–	6	1	12	28	2	–	154
2024	63	–	2	–	3	6	–	2	50
01.01.– 30.09.2025	78	–	–	1	2	10	–	–	65

Entscheidungen der Verwaltungsgerichte über Klagen syrischer Jesidinnen und Jesiden gegen BAMF-Entscheidungen (relativ)								
Zeitraum	Asylberechtigung Art 16a GG	Flüchtlingschutz § 3 I AsylG	Subsidiärer Schutz § 4 I AsylG	Abschiebungsverbot § 60 V/VII AufenthG	Ablehnungen (unbegr. abgeg.)	Ablehnungen (offens. unbegr. abgeg.)	Entscheidungen im Dublin-Verfahren	Sonstige Verfahrenserledigungen
2014	0,6 Prozent	31,1 Prozent	0,0 Prozent	0,0 Prozent	5,9 Prozent	0,0 Prozent	2,6 Prozent	59,8 Prozent
2015	0,0 Prozent	5,3 Prozent	0,0 Prozent	1,9 Prozent	2,5 Prozent	0,0 Prozent	2,2 Prozent	88,1 Prozent
2016	0,0 Prozent	23,2 Prozent	0,0 Prozent	14,2 Prozent	2,1 Prozent	0,0 Prozent	0,5 Prozent	60,0 Prozent
2017	0,0 Prozent	28,2 Prozent	0,0 Prozent	10,6 Prozent	23,9 Prozent	0,0 Prozent	0,6 Prozent	36,6 Prozent
2018	0,0 Prozent	11,4 Prozent	0,9 Prozent	19,2 Prozent	36,2 Prozent	0,7 Prozent	0,1 Prozent	31,6 Prozent
2019	0,0 Prozent	6,5 Prozent	0,0 Prozent	20,0 Prozent	30,3 Prozent	0,0 Prozent	0,4 Prozent	42,8 Prozent
2020	0,0 Prozent	1,1 Prozent	0,0 Prozent	9,8 Prozent	25,3 Prozent	0,0 Prozent	0,2 Prozent	63,7 Prozent
2021	0,0 Prozent	1,7 Prozent	1,7 Prozent	4,6 Prozent	21,7 Prozent	0,0 Prozent	0,0 Prozent	70,4 Prozent
2022	0,0 Prozent	3,4 Prozent	0,0 Prozent	3,0 Prozent	22,0 Prozent	0,0 Prozent	1,7 Prozent	69,9 Prozent
2023	0,0 Prozent	3,0 Prozent	0,5 Prozent	5,9 Prozent	13,8 Prozent	1,0 Prozent	0,0 Prozent	75,9 Prozent
2024	0,0 Prozent	3,2 Prozent	0,0 Prozent	4,8 Prozent	9,5 Prozent	0,0 Prozent	3,2 Prozent	79,4 Prozent
01.01.–30.09.2025	0,0 Prozent	0,0 Prozent	1,3 Prozent	2,6 Prozent	12,8 Prozent	0,0 Prozent	0,0 Prozent	83,3 Prozent

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.

8. Wie viele jesidische Asylsuchende aus dem Irak bzw. aus Syrien (bitte differenzieren) wurden seit 2014 im Rahmen des Dublin-Systems in andere Mitgliedstaaten überstellt (bitte jeweils nach Jahren und den fünf wichtigsten Mitgliedstaaten differenzieren)?

Für die Jahre 2014 bis 2017 liegen der Bundesregierung keine Erkenntnisse im Sinne der Fragestellung vor. Die Religionszugehörigkeit bei Überstellungen im Rahmen des sog. Dublin-Verfahrens wird erst ab dem Jahr 2018 statistisch auswertbar erfasst. Die Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden.

Überstellungen an Mitgliedstaaten Jahr 2018 nach Staatsangehörigkeit			
Irak		Syrien	
darunter Religionszugehörigkeit „Jesiden“			
92		1	
nach Mitgliedstaaten (fünf häufigste)			
Rumänien	22	Rumänien	1
Italien	12		
Österreich	12		
Bulgarien	11		
Portugal	10		

Überstellungen an Mitgliedstaaten Jahr 2019 nach Staatsangehörigkeit			
Irak		Syrien	
darunter Religionszugehörigkeit „Jesiden“			
59		3	
nach Mitgliedstaaten (fünf häufigste)			
Rumänien	28	Norwegen	1
Österreich	16	Portugal	1
Bulgarien	4	Schweden	1
Spanien	4		
Niederlande	2		

Überstellungen an Mitgliedstaaten Jahr 2020 nach Staatsangehörigkeit			
Irak		Syrien	
darunter Religionszugehörigkeit „Jesiden“			
10		0	
nach Mitgliedstaaten (fünf häufigste)			
Polen	3		
Frankreich	2		
Schweden	2		
Belgien	1		
Bulgarien	1		

Überstellungen an Mitgliedstaaten Jahr 2021 nach Staatsangehörigkeit			
Irak		Syrien	
darunter Religionszugehörigkeit „Jesiden“			
8		0	
nach Mitgliedstaaten (fünf häufigste)			
Österreich	2		
Rumänien	2		
Bulgarien	1		
Niederlande	1		
Schweden	1		

Überstellungen an Mitgliedstaaten Jahr 2022 nach Staatsangehörigkeit			
Irak		Syrien	
darunter Religionszugehörigkeit „Jesiden“			
18		1	
nach Mitgliedstaaten (fünf häufigste)			
Lettland	5	Polen	1
Polen	5		
Litauen	3		
Schweden	2		
Bulgarien	1		

Überstellungen an Mitgliedstaaten Jahr 2023 nach Staatsangehörigkeit			
Irak		Syrien	
darunter Religionszugehörigkeit „Jesiden“			
15		0	
nach Mitgliedstaaten (fünf häufigste)			
Litauen	6		
Schweden	3		
Bulgarien	2		
Lettland	1		
Österreich	1		

Überstellungen an Mitgliedstaaten Jahr 2024 nach Staatsangehörigkeit			
Irak		Syrien	
darunter Religionszugehörigkeit „Jesiden“			
9		0	
nach Mitgliedstaaten (fünf häufigste)			
Schweden	6		
Litauen	3		

Überstellungen an Mitgliedstaaten Januar – November 2025 nach Staatsangehörigkeit			
Irak		Syrien	
darunter Religionszugehörigkeit „Jesiden“			
16		1	
nach Mitgliedstaaten (fünf häufigste)			
Niederlande	7	Kroatien	1
Litauen	3		
Polen	2		
Schweden	2		
Frankreich	1		

9. Wie viele Rücknahmen bzw. Widerrufe von Schutzstatus jesidischer Geflüchteter aus dem Irak bzw. aus Syrien gab es seit 2014, wie viele dieser Rücknahmen bzw. Widerrufe wurden gerichtlich angefochten, und welche gerichtlichen Entscheidungen ergingen hierzu (bitte jeweils nach Jahren und Herkunftsland differenzieren und in absoluten und relativen Zahlen angeben)?

Die Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden.

Zeitraum	Entscheidungen des BAMF über Widerrufe und Rücknahmen syrischer Jesidinnen und Jesiden									
	insgesamt	Widerruf/Rücknahme Art. 16a GG		Widerruf/Rücknahme Flüchtlingeigenschaft		Widerruf/Rücknahme subsidiärer Schutz		Widerruf/Rücknahme Abschiebungsverbot		kein Widerruf/keine Rücknahme
		absolut	Anteil	absolut	Anteil	absolut	Anteil	absolut	Anteil	
2014	302	4	1,3 Prozent	17	5,6 Prozent	–	0,0 Prozent	–	0,0 Prozent	281 93,0 Prozent
2015	586	–	0,0 Prozent	–	0,0 Prozent	–	0,0 Prozent	–	0,0 Prozent	586 100,0 Prozent
2016	10	–	0,0 Prozent	–	0,0 Prozent	–	0,0 Prozent	–	0,0 Prozent	10 100,0 Prozent
2017	82	1	1,2 Prozent	2	2,4 Prozent	–	0,0 Prozent	6	7,3 Prozent	73 89,0 Prozent
2018	2 587	–	0,0 Prozent	10	0,4 Prozent	–	0,0 Prozent	2	0,1 Prozent	2 575 99,5 Prozent
2019	3 663	1	0,0 Prozent	44	1,2 Prozent	7	0,2 Prozent	27	0,7 Prozent	3 584 97,8 Prozent
2020	2 568	1	0,0 Prozent	33	1,3 Prozent	12	0,5 Prozent	7	0,3 Prozent	2 515 97,9 Prozent
2021	1 086	1	0,1 Prozent	36	3,3 Prozent	3	0,3 Prozent	7	0,6 Prozent	1 039 95,7 Prozent
2022	240	–	0,0 Prozent	8	3,3 Prozent	4	1,7 Prozent	–	0,0 Prozent	228 95,0 Prozent
2023	112	–	0,0 Prozent	4	3,6 Prozent	2	1,8 Prozent	3	2,7 Prozent	103 92,0 Prozent
2024	333	–	0,0 Prozent	5	1,5 Prozent	1	0,3 Prozent	–	0,0 Prozent	327 98,2 Prozent
01.01–30.11.2025	249	–	0,0 Prozent	2	0,8 Prozent	–	0,0 Prozent	–	0,0 Prozent	247 99,2 Prozent

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.

Zeitraum	Entscheidungen des BAMF über Widerrufe und Rücknahmen irakischer Jesidinnen und Jesiden											
	insgesamt	Widerruf/Rücknahme Art. 16a GG		Widerruf/Rücknahme Flüchtlingseigenschaft		Widerruf/Rücknahme subsidiärer Schutz		Widerruf/Rücknahme Abschiebungsverbot		kein Widerruf/keine Rücknahme		
		absolut	Anteil	absolut	Anteil	absolut	Anteil	absolut	Anteil	absolut	Anteil	
2014	1 798	–	0,0 Prozent	17	0,9 Prozent	1	0,1 Prozent	–	0,0 Prozent	1 780	99,0 Prozent	
2015	1 093	1	0,1 Prozent	1	0,1 Prozent	–	0,0 Prozent	–	0,0 Prozent	1 091	99,8 Prozent	
2016	259	–	0,0 Prozent	9	3,5 Prozent	1	0,4 Prozent	–	0,0 Prozent	249	96,1 Prozent	
2017	340	–	0,0 Prozent	13	3,8 Prozent	–	0,0 Prozent	2	0,6 Prozent	325	95,6 Prozent	
2018	8 951	–	0,0 Prozent	107	1,2 Prozent	1	0,0 Prozent	1	0,0 Prozent	8 842	98,8 Prozent	
2019	12 964	2	0,0 Prozent	392	3,0 Prozent	19	0,1 Prozent	12	0,1 Prozent	12 539	96,7 Prozent	
2020	26 873	4	0,0 Prozent	490	1,8 Prozent	12	0,0 Prozent	9	0,0 Prozent	26 358	98,1 Prozent	
2021	14 149	2	0,0 Prozent	242	1,7 Prozent	18	0,1 Prozent	11	0,1 Prozent	13 876	98,1 Prozent	
2022	1 843	–	0,0 Prozent	105	5,7 Prozent	10	0,5 Prozent	11	0,6 Prozent	1 717	93,2 Prozent	
2023	1 069	–	0,0 Prozent	66	6,2 Prozent	9	0,8 Prozent	5	0,5 Prozent	989	92,5 Prozent	
2024	3 797	–	0,0 Prozent	92	2,4 Prozent	6	0,2 Prozent	3	0,1 Prozent	3 696	97,3 Prozent	
01.01–30.11.2025	3 280	–	0,0 Prozent	148	4,5 Prozent	8	0,2 Prozent	9	0,3 Prozent	3 115	95,0 Prozent	

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.

Zeitraum	Eingelegte Rechtsmittel von Jesidinnen und Jesiden aus Syrien gegen Widerrufe/Rücknahmen und Entscheidungen der Verwaltungsgesichte											
	eingelegt	Entscheidungen										
		insgesamt	Widerruf/Rücknahme Art. 16a GG		Widerruf/Rücknahme Flüchtlingseigenschaft		Widerruf/Rücknahme subsidiärer Schutz		kein Widerruf/keine Rücknahme		formelle Verfahrenserledigungen	
			absolut	Anteil	absolut	Anteil	absolut	Anteil	absolut	Anteil	absolut	Anteil
2014	10	17	–	0,0 Prozent	–	0,0 Prozent	–	0,0 Prozent	4	23,5 Prozent	13	76,5 Prozent
2015	–	1	–	0,0 Prozent	–	0,0 Prozent	–	0,0 Prozent	–	0,0 Prozent	1	100,0 Prozent
2016	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
2017	8	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
2018	9	6	–	0,0 Prozent	–	0,0 Prozent	–	0,0 Prozent	1	16,7 Prozent	5	83,3 Prozent
2019	47	20	–	0,0 Prozent	2	10,0 Prozent	–	0,0 Prozent	6	30,0 Prozent	12	60,0 Prozent
2020	26	12	–	0,0 Prozent	1	8,3 Prozent	2	16,7 Prozent	–	0,0 Prozent	9	75,0 Prozent
2021	18	20	–	0,0 Prozent	3	15,0 Prozent	1	5,0 Prozent	11	55,0 Prozent	5	25,0 Prozent
2022	8	19	1	5,3 Prozent	6	31,6 Prozent	5	26,3 Prozent	1	5,3 Prozent	6	31,6 Prozent
2023	2	27	1	3,7 Prozent	19	70,4 Prozent	2	7,4 Prozent	1	3,7 Prozent	4	14,8 Prozent
2024	5	13	–	0,0 Prozent	1	7,7 Prozent	4	30,8 Prozent	–	0,0 Prozent	8	61,5 Prozent
01.01–30.09.2025	–	2	–	0,0 Prozent	1	50,0 Prozent	–	0,0 Prozent	–	0,0 Prozent	1	50,0 Prozent

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.

Zeitraum	Eingelegte Rechtsmittel von Jesidinnen und Jesiden aus dem Irak gegen Widerrufe/Rücknahmen und Entscheidungen der Verwaltungsgerichte											
	eingelegt	Entscheidungen										
		insgesamt	Widerruf/Rücknahme Art. 16a GG		Widerruf/Rücknahme Flüchtlingseigenschaft		Widerruf/Rücknahme subsidiärer Schutz		kein Widerruf/keine Rücknahme		formelle Verfahrenserledigungen	
			absolut	Anteil	absolut	Anteil	absolut	Anteil	absolut	Anteil	absolut	Anteil
2014	16	24	–	0,0 Prozent	1	4,2 Prozent	–	0,0 Prozent	9	37,5 Prozent	14	58,3 Prozent
2015	–	4	–	0,0 Prozent	–	0,0 Prozent	–	0,0 Prozent	–	0,0 Prozent	4	100,0 Prozent
2016	2	2	–	0,0 Prozent	1	50,0 Prozent	1	50,0 Prozent	–	0,0 Prozent	–	0,0 Prozent
2017	10	1	–	0,0 Prozent	–	0,0 Prozent	–	0,0 Prozent	1	100,0 Prozent	–	0,0 Prozent
2018	66	8	–	0,0 Prozent	–	0,0 Prozent	–	0,0 Prozent	2	25,0 Prozent	6	75,0 Prozent
2019	242	32	–	0,0 Prozent	15	46,9 Prozent	1	3,1 Prozent	1	3,1 Prozent	15	46,9 Prozent
2020	288	69	–	0,0 Prozent	26	37,7 Prozent	5	7,2 Prozent	3	4,3 Prozent	35	50,7 Prozent
2021	142	177	–	0,0 Prozent	93	52,5 Prozent	4	2,3 Prozent	9	5,1 Prozent	71	40,1 Prozent
2022	59	139	–	0,0 Prozent	70	50,4 Prozent	3	2,2 Prozent	13	9,4 Prozent	53	38,1 Prozent
2023	57	163	–	0,0 Prozent	76	46,6 Prozent	6	3,7 Prozent	13	8,0 Prozent	68	41,7 Prozent
2024	58	135	–	0,0 Prozent	64	47,4 Prozent	4	3,0 Prozent	11	8,1 Prozent	56	41,5 Prozent
01.01–30.09.2025	86	98	–	0,0 Prozent	52	53,1 Prozent	5	5,1 Prozent	3	3,1 Prozent	38	38,8 Prozent

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.

10. Welche besonderen Vorgaben innerhalb des BAMF gibt es zu Widerrufern bzw. Rücknahmen von Schutzstatus bei jesidischen Geflüchteten aus dem Irak bzw. aus Syrien (bitte differenzieren), insbesondere vor dem Hintergrund des Genozids von 2014 bzw. bei möglichen psychischen Erkrankungen infolge von Bedrohungen bzw. Verfolgungen (bitte so genau wie möglich ausführen und auch kenntlich machen, welche Personen-gruppen womöglich von solchen Vorgaben ausgenommen sind)?

Bei jesidischen Geflüchteten aus Irak wird bei Vorliegen von Widerrufs- bzw. Rücknahmegründen die in § 73 Absatz 3 des Asylgesetzes (AsylG) normierte Unzumutbarkeit der Rückkehr grundsätzlich angenommen. Im Übrigen wird auf die Antwort der Bundesregierung zur Frage 7b der Kleinen Anfrage der Fraktion DIE LINKE. auf Bundestagsdrucksache 20/8592 verwiesen.

Ob die Voraussetzungen des Widerrufs nach § 73 AsylG für syrische Staatsangehörige vorliegen, wird anhand des individuellen Einzelfalls entschieden. Das BAMF hat für Personen, für die auf der Basis der vorliegenden Informationen zur Lage in Syrien eine hinreichende Klarheit vorhanden ist, die Widerrufstätigkeit wieder aufgenommen.

11. Wie viele Abschiebungen in den Irak gab es seit 2014 (bitte nach Jahren auflisten), und welche Angaben oder Schätzungen liegen der Bundesregierung vor, wie viele Geflüchtete jesidischen Glaubens hiervon betroffen waren (bitte ausführen)?

Die Anzahl in den Irak abgeschobener Personen kann der nachfolgenden Tabelle entnommen werden.

Jahr	Personen
2014	8
2015	6
2016	10
2017	14
2018	35
2019	30
2020	27
2021	52
2022	77
2023	300
2024	699
Jan.–Okt. 2025	636

Angaben zur religiösen Zugehörigkeit der abgeschobenen Personen werden nicht erhoben. Belastbare Schätzungen im Sinne der Fragestellung sind daher nicht möglich.

12. Welche Abschiebestoppregelungen welcher Bundesländer in Bezug auf die Gruppe jesidischer Geflüchteter aus dem Irak bzw. aus Syrien gibt es nach Kenntnis der Bundesregierung derzeit (bitte gegebenenfalls nähere Angaben zu Umfang und betroffenem Personenkreis entsprechender Regelungen machen)?

Die Bundesregierung hat keine Kenntnis über derzeitige entsprechende Regelungen der Länder.

13. Wie viele Personen mit syrischer bzw. irakischer Staatsangehörigkeit bzw. wie viele staatenlose Personen aus dem Irak bzw. Syrien (bitte differenzieren) leben derzeit mit welchem Aufenthaltstitel bzw. Schutzstatus in Deutschland (bitte auch nach Bundesländern differenzieren), und welche Angaben oder Schätzungen liegen der Bundesregierung dazu vor, wie viele von ihnen jesidischen Glaubens sind (bitte ausführen)?

Daten zu staatenlosen Personen aus dem Irak bzw. Syrien liegen nicht vor, da die Herkunft von staatenlosen Personen im Sinne der Frage im Ausländerzentralregister (AZR) nicht erfasst wird. Belastbare Erkenntnisse bzw. Schätzungen zu der Teilfrage, wie viele aufhältige Iraker oder Syrer jesidischen Glaubens sind, liegen ebenfalls nicht vor. Die übrigen Angaben können der nachfolgenden Tabelle entnommen werden:

Aufhältige Personen mit irakischer Staatsangehörigkeit gemäß AZR (nach Aufenthaltstitel), Stand: 30.11.2025

Anzahl der aufhältigen Ausländer	Aufenthaltserlaubnis	Blaue Karte EU	Daueraufenthalt-EU	Niederlassungserlaubnis
Baden-Württemberg	14 841	110	43	4 386
Bayern	14 357	76	82	6 376
Berlin	5 548	53	7	860
Brandenburg	541	24	1	78
Bremen	1 260	3	1	423
Hamburg	2 047	9	2	186
Hessen	5 902	53	5	1 251
Mecklenburg-Vorpommern	496	19	2	73
Niedersachsen	28 338	83	15	5 775
Nordrhein-Westfalen	50 581	179	60	12 462
Rheinland-Pfalz	1 741	58	17	729
Saarland	608	19	1	257
Sachsen	2 841	24	4	769
Sachsen-Anhalt	1 065	7	1	225
Schleswig-Holstein	6 049	21	5	854
Thüringen	2 157	19	2	260
Gesamt	138 372	757	248	34 964

Aufhältige Personen mit syrischer Staatsangehörigkeit gemäß AZR (nach Aufenthaltstitel), Stand: 30.11.2025

Anzahl der aufhältigen Ausländer	Aufenthalts-erlaubnis	Blaue Karte EU	Daueraufenthalt-EU	Niederlassungs-erlaubnis	sonstige Aufent-haltsrechte
Baden-Württemberg	59 455	325	25	9 111	25 324
Bayern	57 477	695	38	5 983	25 249
Berlin	34 386	345	18	2 050	4 992
Brandenburg	14 419	138	2	1 233	3 902
Bremen	14 051	117	4	2 270	1 724
Hamburg	9 447	71	1	491	6 877
Hessen	40 040	255	14	5 381	13 992
Mecklenburg-Vorpommern	8 257	160	2	596	3 781
Niedersachsen	71 930	856	13	7 638	17 532

Anzahl der aufhältigen Ausländer	Aufenthalts-erlaubnis	Blaue Karte EU	Daueraufenthalt-EU	Niederlassungs-erlaubnis	sonstige Aufent-haltsrechte
Nordrhein-Westfalen	202 997	1 194	55	18 691	58 451
Rheinland-Pfalz	33 747	500	13	3 183	11 645
Saarland	23 737	228	6	4 176	6 663
Sachsen	24 891	668	3	2 645	8 173
Sachsen-Anhalt	20 497	77	3	1 528	7 075
Schleswig-Holstein	26 191	108	4	1 862	8 276
Thüringen	14 627	236	7	1 327	6 250
Gesamt	656 149	5 973	208	68 165	209 906

Aufhältige Personen mit irakischer Staatsangehörigkeit gemäß AZR (nach Schutzstatus), Stand: 30.11.2025

Anzahl der aufhältigen Ausländer	nach § 25 Abs. 1 AufenthG (Asyl) anerkannt	nach § 25 Abs. 2 AufenthG (GfK) gewährt	nach § 25 Abs. 2 AufenthG (subsidiärer Schutz) gewährt	nach § 25 Abs. 3 AufenthG (Abschiebungsverbot)	Summe
Baden-Württemberg	40	5 537	2 222	1 503	9 302
Bayern	35	5 258	1 796	1 031	8 120
Berlin	9	1 142	953	640	2 744
Brandenburg	3	108	40	93	244
Bremen		506	126	118	750
Hamburg	6	790	285	183	1 264
Hessen	6	1 783	1 371	690	3 850
Mecklenburg-Vorpommern		94	52	120	266
Niedersachsen	77	16 795	2 733	1 952	21 557
Nordrhein-Westfalen	183	25 114	6 173	3 832	35 302
Rheinland-Pfalz	5	375	220	230	830
Saarland		217	78	65	360
Sachsen	3	697	648	343	1 691
Sachsen-Anhalt	4	292	136	251	683
Schleswig-Holstein	20	1 516	1 229	703	3 468
Thüringen	4	658	412	241	1 315
Gesamt	395	60 882	18 474	11 995	91 746

Aufhältige Personen mit syrischer Staatsangehörigkeit gemäß AZR (nach Schutzstatus), Stand: 30.11.2025

Anzahl der aufhältigen Ausländer	nach § 25 Abs. 1 AufenthG (Asyl) anerkannt	nach § 25 Abs. 2 AufenthG (GfK) gewährt	nach § 25 Abs. 2 AufenthG (subsidiärer Schutz) gewährt	nach § 25 Abs. 3 AufenthG (Abschiebungsverbot)	Summe
Baden-Württemberg	118	22 222	22 642	345	45 327
Bayern	182	16 072	25 948	433	42 635
Berlin	238	8 518	15 014	252	24 022
Brandenburg	14	3 714	6 680	114	10 522

Anzahl der aufhältigen Ausländer	nach § 25 Abs. 1 AufenthG (Asyl) anerkannt	nach § 25 Abs. 2 AufenthG (GfK) gewährt	nach § 25 Abs. 2 AufenthG (subsidiärer Schutz) gewährt	nach § 25 Abs. 3 AufenthG (Abschiebungsverbot)	Summe
Bremen	35	4 550	4 952	123	9 660
Hamburg	39	2 692	4 178	44	6 953
Hessen	100	13 560	17 193	191	31 044
Mecklenburg-Vorpommern	6	2 338	4 055	47	6 446
Niedersachsen	304	22 489	34 508	1 138	58 439
Nordrhein-Westfalen	749	72 254	92 082	1 838	166 923
Rheinland-Pfalz	33	8 485	17 400	326	26 244
Saarland	92	9 256	9 872	523	19 743
Sachsen	107	6 024	11 974	112	18 217
Sachsen-Anhalt	22	6 596	9 618	418	16 654
Schleswig-Holstein	65	7 721	11 773	317	19 876
Thüringen	35	3 796	5 725	87	9 643
Gesamt	2 139	210 287	293 614	6 308	512 348

14. Wie viele ausreisepflichtige Personen syrischer bzw. irakischer Staatsangehörigkeit bzw. wie viele staatenlose Personen aus dem Irak bzw. Syrien (bitte differenzieren) leben derzeit mit bzw. ohne Duldung in Deutschland (bitte auch nach den Bundesländern differenzieren), und welche genaueren Angaben können über die Gründe der erteilten Duldungen gemacht werden (bitte so differenziert wie möglich auflisten)?

Bezogen auf staatenlose Personen wird auf die Antwort zu Frage 13 verwiesen. Zum Stichtag 30. November 2025 waren im Ausländerzentralregister 30 964 ausreisepflichtige Personen mit syrischer und irakischer Staatsangehörigkeit erfasst. Die weiteren Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden:

ausreisepflichtige Personen mit Staatsangehörigkeiten im Sinne der Fragestellung insgesamt zum Stichtag 30.11.2025	Mit Duldung	Ohne Duldung
Summe	28 361	2 603
davon:		
Irak	18 992	1 719
Syrien	9 369	884

ausreisepflichtige Personen insgesamt zum Stichtag 30.11.2025	Irak	Syrien
Insgesamt	20 711	10 253
davon:		
Baden-Württemberg	2 307	1 104
Bayern	2 937	836
Berlin	844	439
Brandenburg	376	339
Bremen	84	136
Hamburg	573	234
Hessen	829	433
Mecklenburg-Vorpommern	374	314

ausreisepflichtige Personen insgesamt zum Stichtag 30.11.2025	Irak	Syrien
Niedersachsen	2 583	1 140
Nordrhein-Westfalen	5 532	2 347
Rheinland-Pfalz	557	610
Saarland	97	699
Sachsen	762	336
Sachsen-Anhalt	291	251
Schleswig-Holstein	2 025	746
Thüringen	540	289

ausreisepflichtige Personen ohne Dul- dung zum Stichtag 30.11.2025	Irak	Syrien
Insgesamt	1 719	884
Davon:		
Baden-Württemberg	133	58
Bayern	287	109
Berlin	81	43
Brandenburg	22	23
Bremen	3	3
Hamburg	146	70
Hessen	64	63
Mecklenburg-Vorpommern	24	22
Niedersachsen	206	87
Nordrhein-Westfalen	374	201
Rheinland-Pfalz	55	49
Saarland	12	20
Sachsen	88	34
Sachsen-Anhalt	28	30
Schleswig-Holstein	143	53
Thüringen	53	19

ausreisepflichtige Personen mit Dul- dung zum Stichtag 30.11.2025	Irak	Syrien
Insgesamt	18 992	9 369
Davon:		
Baden-Württemberg	2 174	1 046
Bayern	2 650	727
Berlin	763	396
Brandenburg	354	316
Bremen	81	133
Hamburg	427	164
Hessen	765	370
Mecklenburg-Vorpommern	350	292
Niedersachsen	2 377	1 053
Nordrhein-Westfalen	5 158	2 146
Rheinland-Pfalz	502	561
Saarland	85	679
Sachsen	674	302
Sachsen-Anhalt	263	221
Schleswig-Holstein	1 882	693
Thüringen	487	270

	Duldungen insgesamt zum Stichtag 30.11.2025		28 361
	davon:		
1.	Nach § 60a AufenthG (alt)	Duldung (ohne nähere Angabe)	10
2.	Nach § 60a Absatz 1 AufenthG	Duldung aufgrund eines Abschiebungsstopps (für bestimmte Ausländergruppen aus bestimmten Staaten oder in bestimmten Staaten)	538
3.	Nach § 60a Absatz 2 Satz 1 AufenthG	Abschiebung aus tatsächlichen oder rechtlichen Gründen unmöglich; hier: Duldung wg. fehlender Reisedokumente	6 494
4.	Nach § 60a Absatz 2 Satz 1 AufenthG	Abschiebung aus tatsächlichen oder rechtlichen Gründen unmöglich; hier: Duldung wegen familiärer Bindungen zu Duldungsinhabern nach Nummer 1	3 846
5.	Nach § 60a Absatz 2 Satz 1 AufenthG	Abschiebung aus tatsächlichen oder rechtlichen Gründen unmöglich; hier: Duldung aus medizinischen Gründen	130
6.	Nach § 60a Absatz 2 Satz 1 AufenthG	Abschiebung aus tatsächlichen oder rechtlichen Gründen unmöglich; hier: Duldung aus sonstigen Gründen	10 775
7.	Nach § 60a Absatz 2 Satz 2 AufenthG	Vorübergehende Anwesenheit des Ausländers für ein Strafverfahren	5
8.	Nach § 60a Absatz 2 Satz 3 AufenthG	sogenannte „Ermessensduldung“: Es liegen dringende humanitäre oder persönliche Gründe vor (z. B. Beendigung der Schule/Ausbildung; Betreuung kranker Familienangehöriger).	1 270
9.	Nach § 60a Absatz 2a AufenthG	Zurückschiebung oder Abschiebung ist gescheitert und Deutschland ist rechtlich zur Rückübernahme verpflichtet	0
10.	Nach § 60a Absatz 2b AufenthG	Eltern von minderjährigen Kindern mit AE nach § 25a AufenthG (gut integrierte Jugendliche)	71
11.	Nach § 60a Absatz 2 Satz 1 AufenthG	Abschiebungshindernisse n. § 60 Abs. 1-5,7 AufenthG	907
12.	Nach § 60a Absatz 2 Satz 1 AufenthG	als unbegleiteter Minderjähriger gem. § 58 Abs. 1a AufenthG	297
13.	Nach § 60a Absatz 2 Satz 1 AufenthG	Anordnung der aufschiebenden Wirkung nach § 80 Absatz 5 VwGO	46
14.	Nach § 60a Absatz 2 Satz 1 AufenthG	bei fehlendem Absehen von einer Vollstreckung nach § 456a StPO	5
15.	Nach § 60a Absatz 2 Satz 1 AufenthG	bei stattgegebenem Eilantrag gemäß § 123 VwGO	19
16.	Nach § 60a Absatz 2 Satz 1 AufenthG	fehlendes, aber erforderliches Einvernehmen einer Stelle nach § 72 (4) AufenthG	2
17.	Nach § 60a Absatz 2 Satz 1 AufenthG	Asylfolgeantrag	711
18.	Nach § 60a Absatz 2 Satz 1 AufenthG	Weil konkrete Maßnahmen zur Aufenthaltsbeendigung bevorstehen erteilt	1 210
19.	Nach § 60a Absatz 2 Satz 13 AufenthG (Altfall)	Vaterschaftsanerkennung	0
20.	Nach § 60a Absatz 2 Satz 4 AufenthG (Altfall)	Ausbildungsduldung	0
21.	Nach § 60a Absatz 2 Satz 3 AufenthG i. V. m. § 60b Absatz 1 AufenthG	Ungeklärte Identität	1.085
22.	Nach § 60a Absatz 2 Satz 3 i. V. m. § 60c Absatz 1 AufenthG	Ausbildungsduldung	405
23.	Nach § 60a Absatz 2 Satz 3 i. V. m. § 60c Absatz 7 AufenthG	Erforderliche Maßnahmen für Identitätsklärung ergriffen	32

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.

24.	Nach § 60a Absatz 2 Satz 3 i. V. m. § 60d Absatz 1 AufenthG	Beschäftigungsduldung / Regelanspruch / Beschäftigter	363
25.	Nach § 60a Absatz 2 Satz 3 AufenthG i. V. m. § 60d Absatz 1 AufenthG	Beschäftigungsduldung / Regelanspruch / Ehegatte / Lebenspartner	98
26.	Nach § 60a Absatz 2 Satz 3 AufenthG i. V. m. § 60d Absatz 2 AufenthG	Beschäftigungsduldung / Regelanspruch / minderjährige ledige Kinder	15
27.	Nach § 60a Absatz 2 Satz 3 i. V. m. § 60d Absatz 4 AufenthG	Beschäftigungsduldung / Ermessen / Beschäftigter (erforderliche Maßnahmen für Identitätsklärung ergriffen)	3
28.	Nach § 60a Absatz 2 Satz 3 AufenthG i. V. m. § 60d Absatz 4 i. V. m. Absatz 1 AufenthG	Beschäftigungsduldung / Ermessen / Ehegatte / Lebenspartner	8
29.	Nach § 60a Absatz 2 Satz 3 AufenthG i. V. m. § 60d Absatz 4 i. V. m. Absatz 2 AufenthG	Beschäftigungsduldung / Ermessen / minderjährige ledige Kinder	1
30.	Nach § 60a Absatz 2 Satz 4 AufenthG	Verfahren nach § 85a AufenthG	2
31.	Nach § 60a Absatz 2 Satz 3 AufenthG i. V. m. § 60c Absatz 6 Satz 1 AufenthG	Suche nach weiterem Ausbildungsplatz erteilt	6
32.	Nach § 60a Absatz 2 Satz 3 AufenthG i. V. m. § 60c Absatz 6 Satz 2 AufenthG	Arbeitsplatzsuche nach Ausbildungsabschluss	4
33.	Duldung nach § 60a Absatz 2 Satz 1 AufenthG (Altfall)	Abschiebung aus tatsächlichen oder rechtlichen Gründen unmöglich (Altfall)	3

	Duldungen zum Stichtag 30.11.2025	Irak	Syrien
	Insgesamt	18 992	9 369
	davon:		
1.	Nach § 60a AufenthG (alt)	7	3
2.	Nach § 60a Absatz 1 AufenthG	312	226
3.	Nach § 60a Absatz 2 Satz 1 AufenthG	4 942	1 552
4.	Nach § 60a Absatz 2 Satz 1 AufenthG	2 744	1 102
5.	Nach § 60a Absatz 2 Satz 1 AufenthG	61	69
6.	Nach § 60a Abs. 2 Satz 1 AufenthG	7 027	3 748
7.	Nach § 60a Absatz 2 Satz 2 AufenthG	2	3
8.	Nach § 60a Absatz 2 Satz 3 AufenthG	1 088	182
9.	Nach § 60a Absatz 2a AufenthG	0	0
10.	Nach § 60a Absatz 2b AufenthG	57	14
11.	Nach § 60a Absatz 2 Satz 1 AufenthG	282	625
12.	Nach § 60a Absatz 2 Satz 1 AufenthG	31	266
13.	Nach § 60a Absatz 2 Satz 1 AufenthG	27	19
14.	Nach § 60a Absatz 2 Satz 1 AufenthG	3	2
15.	Nach § 60a Absatz 2 Satz 1 AufenthG	12	7
16.	Nach § 60a Absatz 2 Satz 1 AufenthG	2	0
17.	Nach § 60a Absatz 2 Satz 1 AufenthG	332	379
18.	Nach § 60a Absatz 2 Satz 1 AufenthG	320	890
19.	Nach § 60a Absatz 2 Satz 13 AufenthG (Altfall)	0	0
20.	Nach § 60a Absatz 2 Satz 4 AufenthG (Altfall)	0	0

	Duldungen zum Stichtag 30.11.2025	Irak	Syrien
21.	Nach § 60a Absatz 2 Satz 3 AufenthG i. V. m. § 60b Absatz 1 AufenthG	874	211
22.	Nach § 60a Absatz 2 Satz 3 i. V. m. § 60c Absatz 1 AufenthG	358	47
23.	Nach § 60a Absatz 2 Satz 3 i. V. m. § 60c Absatz 7 AufenthG	27	5
24.	Nach § 60a Absatz 2 Satz 3 i. V. m. § 60d Absatz 1 AufenthG	350	13
25.	Nach § 60a Absatz 2 Satz 3 AufenthG i. V. m. § 60d Absatz 1 AufenthG	94	4
26.	Nach § 60a Absatz 2 Satz 3 AufenthG i. V. m. § 60d Absatz 2 AufenthG	15	0
27.	Nach § 60a Absatz 2 Satz 3 i. V. m. § 60d Absatz 4 AufenthG	2	1
28.	Nach § 60a Absatz 2 Satz 3 AufenthG i. V. m. § 60d Abs. 4 i. V. m. Absatz 1 AufenthG	8	0
29.	Nach § 60a Absatz 2 Satz 3 AufenthG i. V. m. § 60d Abs. 4 i. V. m. Absatz 2 AufenthG	1	0
30.	Nach § 60a Absatz 2 Satz 4 AufenthG	2	0
31.	Nach § 60a Absatz 2 Satz 3 AufenthG i. V. m. § 60c Absatz 6 Satz 1 AufenthG	5	1
32.	Nach § 60a Absatz 2 Satz 3 AufenthG i. V. m. § 60c Absatz 6 S. 2 AufenthG	4	0
33.	Duldung nach § 60a Abs. 2 Satz 1 AufenthG (Altfall)	3	0

15. Wie stellt sich die aktuelle (Gefährdungs-)Lage für aus Deutschland zurückkehrende bzw. abgeschobene Personen jesidischen Glaubens nach Einschätzung des Auswärtigen Amts im Irak bzw. in Syrien dar (bitte differenzieren und so genau wie möglich ausführen), wie ist zudem die politische, kulturelle, soziale und wirtschaftliche Situation der jesidischen Gemeinschaft im Irak bzw. in Syrien (bitte differenzieren) nach Einschätzung des Auswärtigen Amts (bitte ausführen)?

Zum Irak: Die jesidische Gemeinschaft ist von denselben wesentlichen sicherheitsbezogenen, wirtschaftlichen und sozialen Rahmenbedingungen Iraks betroffen wie die restliche Bevölkerung. Die irakische Verfassung von 2005 garantiert die Religionsfreiheit, auch die kurdische Regionalregierung der Region Kurdistan-Irak (RKI) schützt ausdrücklich Minderheiten wie Jesidinnen und Jesiden. Eine institutionelle Diskriminierung oder Verfolgung von religiösen Gemeinschaften durch den Staat findet nicht statt. Dennoch existieren politische Rahmenbedingungen, die beispielsweise den Erwerb von Land und die Durchsetzung von Landbesitz deutlich erschweren.

Die Ereignisse der jüngsten Vergangenheit, insbesondere die Gewaltherrschaft des sogenannten Islamischen Staates (2014–2017), seine Zerstörungen und Gewaltverbrechen an den Jesidinnen und Jesiden, haben bis heute Auswirkungen auf das Leben der jesidischen Gemeinschaft. Insgesamt existieren nach wie vor Unsicherheit und Misstrauen zwischen den verschiedenen religiösen Gruppen. Dies kann sich im Alltag durch gesellschaftliche Diskriminierung von religiösen Minderheiten, auch von Jesidinnen und Jesiden, widerspiegeln (unter anderem Hassrede, populistische Rhetorik sowie subtile Formen der Einschüchterung).

Der Wiederaufbau des Sindjar gestaltet sich problematisch. Gegenwärtig sind dort Infrastruktur und Sicherheit unzureichend, die wirtschaftliche Lage ist schwierig.

Zu Syrien: Vor Beginn des Bürgerkrieges lebten Schätzungen zufolge bis zu 50 000 Jesidinnen und Jesiden in Syrien, die sich vor allem in Nord-Ost-Syrien niedergelassen hatten. Im August 2014 überfielen Kämpfer des sogenannten Islamischen Staates (IS) Jesidinnen und Jesiden in Nordirak, viele flohen nach Syrien bzw. gelten heute als vermisst. Teilweise befinden sich Jesidinnen und Jesiden auch in den Lagern in Nordost-Syrien. Auch nach dem Fall des Assad

Regimes ist die Lage in Syrien immer noch volatil, dies gilt für alle Syrer und Syrerinnen.

Die neue Regierung steht weiter vor der Aufgabe, das Land zu einen und Sicherheit und Schutz für alle Einwohnerinnen und Einwohner Syriens zu gewährleisten. Die humanitäre Situation ist weiterhin schlecht. Fast 70 Prozent der Bevölkerung sind auf humanitäre Hilfe angewiesen.

16. Unter welchen Umständen ist nach Auffassung der Bundesregierung Menschen jesidischen Glaubens, die nach Deutschland geflohen sind, eine Rückkehr bzw. Abschiebung in den Irak bzw. nach Syrien (bitte differenzieren) zumutbar, und welche Bedeutung kommt dabei nach Auffassung der Bundesregierung dem einstimmigen Beschluss des Deutschen Bundestages vom 19. Januar 2023 zu, wonach vor dem Hintergrund einer „hoch volatilen Sicherheitslage“ für jesidische Geflüchtete und der Unmöglichkeit einer sicheren Rückkehr die Bundesregierung aufgefordert wurde, ihnen „weiterhin unter Berücksichtigung ihrer nach wie vor andauernden Verfolgung und Diskriminierung im Rahmen des Asylverfahrens Schutz zu gewähren“ (vgl. Bundestagsdrucksache 20/5228, bitte ausführen)?

Der Beschluss des Bundestages vom 19. Januar 2023 zur Anerkennung des Völkermordes der Terrororganisation des sogenannten Islamischen Staates (IS) an den Jesidinnen und Jesiden hat ein für die Betroffenen und deren Angehörige wichtiges Signal gesendet, dass ihre Leiden gesehen, anerkannt und sie unterstützt werden. Wie es der Beschluss unter Punkt 19 fordert, wird Jesidinnen und Jesiden in Deutschland im Rahmen des Asylverfahrens Schutz gewährt. Die in der Anerkennung des Völkermordes zum Ausdruck kommende Wertung wird vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) im Rahmen der Asylverfahren einbezogen.

Die ganz überwiegende Zahl der in Deutschland aufhältigen Jesidinnen und Jesiden verfügt über einen Schutzstatus und ist von vornherein nicht zur Rückkehr verpflichtet bzw. von Abschiebungen bedroht. Von einer Rückführung betroffen sind nur Personen, die vollziehbar ausreisepflichtig sind. Vollziehbar Ausreisepflichtigen ist eine Rückkehr in ihren Heimatstaat zumutbar.

17. Ist das Bundesministerium des Innern bislang seitens eines Bundeslandes oder mehrerer Bundesländer darum ersucht worden, seine Zustimmung für eine Bleiberechtsregelung für jesidische Geflüchtete nach § 23 Absatz 1 des Aufenthaltsgesetzes (AufenthG) zu erteilen, und wenn ja, welcher, und wie hat sie hierauf gegebenenfalls reagiert, oder wie beabsichtigt sie, gegebenenfalls hierauf zu reagieren (bitte ausführen)?

Das Land Schleswig-Holstein hat im Januar 2025 um Erteilung des Einvernehmens für eine entsprechende Bleiberechtsregelung gebeten. Das Bundesministerium des Innern (BMI) hat das Einvernehmen seinerzeit nicht erteilt. Das Aufenthaltsgesetz sieht diverse Möglichkeiten zur Erlangung einer Aufenthaltserlaubnis für Personen vor, die über bereits seit längerer Zeit in Deutschland aufhältig sind und Integrationsleistungen vorweisen können, z. B. §§ 25a und b, 60c und d und § 104c Aufenthaltsgesetz (AufenthG). Aus Sicht des BMI fügte sich die Landesaufnahmeanordnung nicht in dieses System ein.

18. Ist die Bundesregierung bereit, ihr Einverständnis für eine Bleiberechtsregelung für jesidische Geflüchtete aus dem Irak bzw. aus Syrien nach § 23 Absatz 1 AufenthG zu erklären, wenn ein entsprechendes Ersuchen seitens eines Bundeslandes oder mehrerer Bundesländer an sie gestellt wird (vgl. z. B. die fraktionsübergreifende Initiative in Nordrhein-Westfalen, siehe Vorbemerkung der Fragesteller), und welche Rolle spielt hierbei gegebenenfalls der einstimmige Beschluss des Deutschen Bundestages vom 19. Januar 2023 zur Anerkennung des Genozids an den Jesidinnen und Jesiden im Irak bzw. in Syrien und zum Schutz jesidischer Geflüchteter (bitte aufführen)?

Es steht den Ländern frei, um das Einvernehmen des BMI zu Landesaufnahmeanordnungen zu ersuchen. Die in der Antwort zu Frage 17 genannten Maßstäbe gelten weiterhin.

19. Wie ist der aktuelle Stand der disziplinarrechtlichen Ermittlungen in Bezug auf die ehemalige BAMF-Leiterin in Bremen (vgl. zuletzt die Antwort zu Frage 11 auf Bundestagsdrucksache 20/15142), und inwiefern wird oder wurden bei einer etwaigen Entscheidung hierzu der Umstand berücksichtigt, dass sich die Leiterin nach Auffassung der Fragestellenden insbesondere auch für den Schutz jesidischer Überlebender des Genozids eingesetzt hatte (vgl. Vorbemerkung der Fragesteller)?

Das Disziplinarverfahren dauert weiterhin an. Über konkrete Einzelheiten können aufgrund des Persönlichkeitsrechts Dritter keine Auskünfte erteilt werden.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.